

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Gefährliche Gewerbestrategie der Stadt Rottenburgs Entwicklung neu denken!

In Rottenburg sollen neue Gewerbeflächen entstehen. Die drei Bürgermeister begründen dies mit der Hoffnung auf weniger Ein- und Auspendler und höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer.

Mit der Ausarbeitung einer „Standortstrategie“ hat die Stadt die Agentur Imakomm beauftragt. Diese hat 1.300 Betriebe in Rottenburg befragt:

Von ihnen haben 148 geantwortet. Bei 66 Prozent der Antworten handelt es sich um Kleinbetriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern. 45 Prozent dieser 148 Unternehmen planen in den nächsten fünf Jahren „betriebliche Veränderungen“. Bezogen auf 1.300 befragte Unternehmen sind das lächerliche fünf Prozent. **Repräsentativ ist diese Studie keineswegs!** Welcher Art die „betrieblichen Veränderungen“ sein sollen, wird nirgends ausgeführt. Ob mit neuen Betrieben die Pendlerzahl verringert werden kann, ist völlig of-

fen. Alle Betriebe fordern zunächst von der Stadt Breitbandausbau, mehr Parkplätze und weniger Gewerbesteuern. Zusammen mit den Erschließungskosten wird das die Stadt einige Millionen Euro kosten, bevor sie vielleicht einen Cent Gewerbesteuer mehr einnimmt.

Die Autoren schlagen als Standorte für Großbetriebe (Typ I) den Ausbau von



Ergenzingen-Ost und das Baisinger Flugfeld vor. Für ein Gründerzentrum mit „Start-Up-Unternehmen aus innovativen Branchen“ (Typ II) werden Rottenburg-West (bei Remmingsheim), Hölle (Stülchen-Knoten) und als engere Auswahl Oberes Feld/ Ähneshalde oder Galgenfeld untersucht. Dabei bekommt das Obere Feld weniger Punkte, weil die Erschließung teurer wird. Die Stadt hat angeblich zahlreiche Anfra-

gen für ca. 80-85 ha erhalten. Die Studie errechnet aus fragwürdigen Zahlen einen Bedarf zwischen 4-5 ha und 105-110 ha („Trendfortschreibung“) einen „Mittelwert“ von 30-35 ha. So weit, so schlecht!

Wohnbedürfnisse erfüllen

Anlass für diese Studie war die Klausurtagung des Gemeinderats zu Wohnen und Arbeiten in Rottenburg im Sommer 2016. Offensichtlich glaubt die Stadt, mit der Gründung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft (WBR) seien beim (preiswerten) Mietwohnungsbau schon alle Probleme gelöst. **Das ist falsch!**

Zwar will die WBR in den nächsten zehn (!) Jahren 300 Wohnungen erstellen. Doch die Stadt hat nicht nur 300 Wohnberechtigungsscheine ausgestellt und 2017 sind weitere 32 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausgefallen.

>>>

Lesen Sie weiter:

Stuttgart 21 - Augen zu und durch! Seite 3

Sicherheitskonferenz - Welche Sicherheit? Seite 5

Obszöner Reichtum - Lohnquote sinkt Seite 7

Grün-Schwarze Klientelpolitik verschärft Bildungskrise Seite 9

SPD - Vorwärts? Rückwärts? Wohin eigentlich? Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Rottenburg wird bis 2025 mindestens um 3.500 Einwohner zunehmen. Das ergibt einen Wohnraumbedarf von etwa 1.700 zusätzlichen Wohnungen, die in acht Jahren entstehen müssen und für die Fläche benötigt wird.

Dazu gibt es von Seiten der Stadt kein Wort – und keine Idee! Denn schon für das Kreuzerfeld-Süd mit erwarteten 1.500 Bewohnern wurden 19 ha Fläche gebraucht. Und für 3.500 NeubürgerInnen?

Rottenburgs Qualitäten stärken!

Die Weiterentwicklung der positiven Aspekte der letzten Jahre in Rottenburg ist das Gebot der Stunde: Der lang vernachlässigte preiswerte Mietwohnungsbau hat durch die WBR einen Aufschwung genommen. Kinderbetreuung in neuen Kitas, die Schulsanierungen, der Ausbau der Fachhochschule für Forstwirtschaft zeigen Rottenburg als hervorragenden Bildungsstandort, abgerundet durch die neue Stadtbibliothek und die Erneuerung der VHS.

Durch Naturgebiete und Naherholung ist Rottenburg bei Touristen beliebt. Auch wirtschaftlich gibt es eine Entwicklung bei Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Dienstleistung. Aber es gibt keinen Automatismus von mehr Gewerbe und besseren Einnah-

men: Trotz einer größeren Anzahl von Betrieben und mehr Beschäftigten sind die Einnahmen Rottenburgs aus der Gewerbesteuer 2011-2015 prozentual gesunken!

DIE LINKE lehnt die Gewerbe-Euphorie der Stadt mit leeren Verspre-



chen wie bei der DHL-Industriebranche ab: Damals versprach die Stadt, dass innerhalb eines halben Jahres zwei Drittel verkauft würden – bis heute ein Fiasko! Jetzt müssen die Bedürfnisse der Bewohner Vorrang vor Umsatz- und Gewinnerwartungen der Wirtschaft haben.

Der Glaube an grenzenloses Wachstum „Immer schneller, höher, besser“ stößt immer stärker an die Grenzen von Natur und Landwirtschaft. Wirtschaft ist kein Selbstzweck (zum Vorteil einer Minder-

heit), sondern hat dienende Funktion und ist der Entwicklung von Mensch und Natur unterzuordnen.

Entwicklung muss an Nachhaltigkeit geknüpft werden. Sie muss immer den Verbrauch für nachfolgende Generationen und das Nachwachsen von Ressourcen berücksichtigen. Nicht nur Gewerbe bringt (vielleicht) mehr Geld, sondern auch mehr Einwohner bringen mehr Geld. Schließlich erhält die Stadt aus dem Kommunalen Finanzausgleich (FAG) dafür pro Einwohner pro Jahr 1.636 Euro. Aber anstatt gegen die willkürlichen Kürzungen der grün-schwarzen Landesregierung aus dem FAG von 2,4 Milliarden Euro (2017-2019) zu protestieren, flüchtet sich die Stadt in Spekulationen über mehr Gewerbesteuern durch neues Gewerbe.

Statt große Flächen für neues Gewerbe und für ein „Gründerzentrum“ zu opfern, müssen wir die Qualitäten unserer Stadt stärken und dabei die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Dafür tritt DIE LINKE ein!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Einladung

Dritte Zukunftswerkstatt Rottenburg

Am 10. März 2018 findet ab 10 Uhr in der AWO-Rottenburg (St. Moriz Platz 7, Nähe Morizkirche) das dritte Treffen der parteiunabhängigen Zukunftswerkstatt statt. Zu ihr sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Verantwortlich: Dietmar Lipkow (Aktionsbündnis Galgenfeld) und Dr. Emanuel Peter (Gemeinderat, DIE LINKE)

Ziel ist es, konkrete, konstruktive Vorschläge zu erarbeiten, die in der Bevölkerung verbreitet und an die Stadtverwaltung herangetragen werden.

Das Treffen wird sich mit **fünf Themenkreisen** beschäftigen, die durch sachkundige Engagierte aus mehreren Bürgerinitiativen begleitet und moderiert werden. Diese Liste ist vorläufig und kann nach Interessenlage der Teilnehmer verändert werden.

- **Verkehr (Verbesserung des innerstädtischen Verkehrs und Verknüpfung mit überregionalem Verkehr)**
- **Lebensqualität (Sport, Miteinander der Generationen und Kulturen)**
- **Lebensräume (Wohnungsbau, Treffpunkte, Freiflächen)**
- **Bürgerbeteiligung (Mitgestaltung bei städtischen Planungen)**
- **Regionale Kreisläufe (Nachhaltigkeit im Alltag und Verbrauch)**

Stuttgart 21 – Fass ohne Boden

Augen zu und durch!

Noch im Januar hieß es, die Kosten für Stuttgart 21 seien auf 7,6 Milliarden Euro gestiegen, und der Fertigstellungstermin habe sich um vier Jahre auf Ende 2025 verschoben (wir berichteten). Doch dann kam schon die nächste Kostensteigerung auf nunmehr 8,2 Milliarden. Anstelle das Projekt zu stoppen, winkte der DB-Aufsichtsrat nach dem Motto „weiter so“ sowohl Kosten als auch Zeitverzögerung in einer Sondersitzung einfach durch.

Es sei skandalös, so Rechtsanwalt Eisenhart von Loeper, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21, dass sich ein zu 100% öffentliches Unternehmen erlaube, dem Steuerzahler bzw. Bahnnutzer erneut skrupellos und ohne nachvollziehbare Begründung in die Tasche zu greifen. „Entgegen vieler Warnungen des Bundesrechnungshofs und vieler bahnunabhängigen Experten soll das nicht finanzierte Projekt durchgezogen werden, koste es, was es wolle“, so von Loeper.

Ohne mit der Wimper zu zucken lässt man die jetzt schon halb verwüstete Stadt wissen, dass das Chaos noch

weitere vier Jahre fortbestehen werde. Kein vergleichbar relevantes privates Unternehmen könne sich ein so dreistes Verhalten im Umgang mit der Öffentlichkeit erlauben.

Doch die Aufsichtsräte, wohl von



Blind- und Torheit gleichermaßen geschlagen, gehen ein großes Risiko ein. Für die Bahn als Staatsunternehmen gilt das Aktienrecht. Aufsichtsräte dürfen, salopp gesagt, Gelder nicht sinnlos verbrennen, sonst schwebt über ihnen das Damoklesschwert des persönlichen finanziellen Ruins. Schon jetzt wurden Verfahren gegen sie eingeleitet.

Denn S21 ist rational unerklärbar und wirtschaftlich nicht zu verantworten. Die Wirtschaftlichkeitsgrenze von S21 liegt, so der ehemalige Bahnchef Rüdiger Grube, bei 4,5 Milliarden Euro. S21 verschlingt also schon jetzt weite-

re Milliarden, die nie mehr eingespielt werden können – und genau dafür können die Aufsichtsräte persönlich haftbar gemacht werden.

Wahrscheinlich würde man über dieses unvernünftige Projekt schon lange nicht mehr reden, hätte Kanzlerin Angela Merkel 2010 Stuttgart 21 nicht plötzlich zur Chefsache erklärt. Falls S21 nicht käme, meinte sie, würde Deutschland unregierbar; an S21, so die Kanzlerin, „entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit Deutschlands“.

Noch ist Zeit zur Umkehr, wie das von Ingenieuren und Verkehrsexperten entwickelte Konzept „Umstieg 21“ zeigt. Wer kreativ denkt, findet auch Lösungen für die schon angebohrten Tunnel. Keine Frage: Alles ist besser als ein Weiterbau dieses größten anzunehmenden Unfalls. Die folgenden Verse von Peter Främke bringen das Ganze nochmals auf den Punkt:

AUGEN zu und DURCH!

Von Peter Främke,
mit dessen freundlicher Genehmigung hier wiedergegeben:

*Kaum glaublich, dass der Rat der BAHN
sich immer noch nicht lösen kann
von einem grotten-falschen Plan,
der vor Jahrzehnten schon begann.*

*Wie oft schon haben sie getönt,
das VOLK belogen und verhöhnt!
Die MERKEL, Kretschmann, DOBRINDT auch,
jetzt stehen alle auf dem Schlauch.*

*Die LÖSUNG heißt nun „WEITER-so“!
Doch führt der Weg ins NIRGENDWO
und ZUKUNFT wird damit verbaut,
weil KEINER sich zu DENKEN traut!*

*Mit „AUGEN zu und durch“ – ganz BLIND
man niemals einen Ausweg find',
obwohl – wer hätte das gedacht -
die DENK-Arbeit ist schon gemacht!*

*Warum stellt sich die Bahn so doof?
Da ist doch unser KOPFBAHNHOF!
Gut gebraucht, doch NOCH erhalten
kann man ZUKUNFT dort gestalten.*

*UMSTIEG heißt es genial,
SPART Milliarden allemal,
bringt die Menschen auf die SCHIENE!-
Fröhlich wird dann gleich die Miene.*

*EMPÖRUNG reicht nicht – HANDELN gilt!
Bevor man uns den Bahnhof stiehlt
wir werden kämpfen und geloben:
Unser BAHNHOF – der BLEIBT OBEN!*

Die Bürgerbewegung gegen S21 wird nicht locker lassen. Je absurder die Entwicklung von „Deutschlands dümmstem Großprojekt, desto entschiedener der Widerstand. Dem wollen wir uns anschließen und deshalb vor allem auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt
Rottenburg

Das Milliardengrab im Tiefbahnhof Stuttgart 21

Vor einer Woche demonstrierten wir zum 400. mal gegen Stuttgart 21. Wir riefen zum Stopp der Baumaßnahmen auf. Noch sei es nicht zu später, die Baugrube sinnvoll zu nutzen. Die Veranstalter sprachen von 4000 Teilnehmern, die Polizei zählte 1400. Die Bahn hätte längst einräumen müssen, dass Stuttgart 21 nochmals deutlich teurer wird als geplant. Inzwischen liegen die Schätzungen bei bis zu 7,9 Milliarden Euro.

Stuttgart kann die zusätzlichen Kosten von 800 Millionen nicht tragen. Die Bahn will jetzt die Stadt verklagen, weil sie Vertragspartner ist. Aber in welcher Welt leben wir? Die Bahn ist für alle da, auch für die Stadt Stuttgart. Aber es geht nur noch um Profite der superreichen Kapitalisten. Deswegen: Oben bleiben! Oben bleiben! Oben bleiben!

Bei der 400. Demonstration müssten mindestens eine Million Menschen kommen. Wo bleiben die Leute? Die Parkschützer sind immer da. Die Park-

schützer machen die Mahnwache 24 Stunden am Tag rund um die Uhr bei Wind und Wetter. Jahrein jahraus sind die Parkschützer da. Bei der Demonstration musste ich feststellen, dass 50 Prozent der Teilnehmer ältere Menschen waren. Auch über 80jährige waren dabei mit Transparenten. Wo blieben die jungen Menschen?

Der Düsseldorfer Christof Ingenhoven, 57, ist der letzte, der Stuttgart 21-Akteure, die von Anfang an dabei waren. Er wurde das Gesicht der sehr umstrittenen Infrastrukturmaßnahme. 1997 gewann er den Wettbewerb für den neuen Stuttgart Hauptbahnhof. Damals galt er sofort als die Hoffnung der deutschen Architektenszene. Mitt-

lerweile hat er von Sidney bis Freiburg viele Bauten realisiert und wurde oft ausgezeichnet. Der Stuttgarter Bahnhof, der vom oberirdischen Kopfbahn-

hof zum unterirdischen Durchgangsbahnhof umgestaltet wird, ist immer noch nicht vollendet. Das Büro Ingenhoven beschäftigt mehr als 100 Mitarbeiter.

Die Kostenexplosion: Zuerst wurden 2,5 Milliarden veranschlagt. Jetzt soll die Eröffnung 2024 sein mit Kosten von 7,9 Milliarden Euro. Ingenhoven: 10 Milliarden sind es schon längst, wenn man alle Bahn strecken hinzunimmt. Nenne Sie mir mal die Baupreise in fünf, sechs Jahren. Sie können keine Garantie übernehmen. Das hätten sie auch bei den Kosten für die Wiedervereinigung nicht gekonnt.

Also:
Stuttgart 21 ist ein Milliardengrab, das immer teurer wird. Deswegen:

Oben bleiben!

Vielen Dank für das Zuhören zu den neuesten Entwicklungen zu Stuttgart 21.



(Aus meiner Rede bei der Montagsdemo in Tübingen am 22. Januar 2018)

Hans Jürgen Petersen
Rottenburg

NATO-Sicherheitskonferenz erweist sich erneut als Kriegstreiberkonferenz

Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Bundestag

“Die offene, direkte Kriegsdrohung des israelischen Ministerpräsidenten gegen den Iran zum Abschluss der Münchner Sicherheitskonferenz bedeutet nur neue Eskalation im Nahen Osten und muss zurückgewiesen werden”.

“Der Auftritt von Netanyahu war eine einzige PR-Show für Krieg gegen den Iran. Damit reiht er sich ein in die Kriegsrhetorik der Türkei gegen die syrischen Kurden und der USA gegen Nordkorea.

Die NATO forciert mit neuen Kommandostrukturen in Europa die Politik des Kalten Krieges gegenüber Russland, nachdem sie mit ihrer Regime-Change-Politik den Mittleren und

Nahen Osten destabilisiert und verwüstet hat. Die EU will diese Politik zukünftig komplementieren mit einer eigenständigen weltweiten Kriegsführungsfähigkeit. Dafür sollen die eigenen militärischen Strukturen im Rahmen von PESCO ausgebaut und massiv aufgerüstet werden. Diese Aufrüstungs- und Abschreckungspolitik ist brandgefährlich und führt nur noch zu mehr Destabilisierung, Chaos und Krieg. Deshalb fordert Die LINKE, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO und aus PESCO austritt und stattdessen eine friedliche Außenpolitik der Verständigung und des Interessensausgleichs anstrebt.” (18. Februar 2018)

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Sicherheitskonferenz - Welche Sicherheit?

Schuldzuweisungen statt Diplomatie

Ein Ergebnis dieser 54. Sicherheitskonferenz scheint zu sein, dass das Denken in alten Kategorien wieder salonfähig geworden ist: Angst machen, drohen, aufrüsten, abschrecken, zuschlagen ... Das Motto der Konferenz spricht für sich: „Hin zum Abgrund - und zurück?“

Man hat den Eindruck, dass nur mit militärischer Stärke „Sicherheit“ gewährleistet werden kann. Das Recht auf Selbstverteidigung rechtfertigt jegliches Handeln mit Waffengewalt. Alle sind wieder von Feinden umzingelt ohne selbst der Feind eines anderen zu sein.

Diese 54. Münchener Sicherheitskonferenz (MSC), die übrigens vor ihrer Umbenennung einmal „Münchener Wehrkundetagung“ hieß, findet jährlich Anfang Februar statt. Träger dieser Veranstaltung ist eine gemeinnützige GmbH (gGmbH). Sie ist gemeinwohlorientiert (!) und genießt besondere Steuervergünstigungen. Ihr Motto ist „Frieden durch Dialog“. Der Veranstaltungsort, Hotel Bayerischer Hof - 5 Sterne, steht in Kontrast zu den Orten, wo die derzeitigen Konflikte mit Waffengewalt ausgetragen werden - luxuriöse Suiten und Zimmer gegen menschenverachtende und menschenvernichtende Schlachtfelder.

Hörig reagieren die Europäer auf Forderungen aus den USA, ihre „Verteidigungsanstrengungen“ zu erhöhen.

Ich habe den Eindruck die Rüstungsfetischisten gieren förmlich danach, das 2 % - Ziel für die Rüstungsausgaben schnellstmöglich zu erfüllen.

Die Welt ist in der Tat komplizierter geworden. Es war leichter sog. sozialistische Länder von kapitalistischen Ländern zu unterscheiden. Wollte man früher einen Grenzverlauf skizzieren, dann war das eine leichte Aufgabe. Heute gilt es zwischen autoritären und demokratischen System zu unterscheiden. Wie verläuft die Grenze? Nicht einmal für Europa ist die Frage leicht zu beantworten, selbst innerhalb der EU nicht. Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn bezeichnet den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán als Diktator.

Auf plakative Zuschreibungen wie „Schurkenstaaten“, „revisionistische Mächte“ und „Tschihadisten“ folgen ebenso schlichte Lösungen für Konflikte: Modernisierung der Atomwaffen (natürlich nur zur Ab-

schreckung) und ihre Verkleinerung, um die Einsatzschwelle zu senken, militärische Stärke, Ohrfeigen müssten verteilt werden und man bräuchte Panzer statt Denkfabriken.

Die offensichtliche Missachtung herkömmlicher Regeln staatlichen Zusammenlebens wird gelobt, zumindest nicht sanktioniert. Nationalistisches Gedöns wird wohlwollend geduldet, wenn nicht sogar beklatscht. China wird vorgeworfen sein Wertesystem auch andernorts verbreiten zu wollen. Wollen das nicht alle Ideologien? Wie oft lesen und hören wir vom

Munich Security Conference **MSC**
Münchener Sicherheitskonferenz

te wird es als ein Instrument Chinas bezeichnet, das seine Herrschaftsabsichten verschleierte.

Es wird von der Notwendigkeit gesprochen, dass Europa außenpolitisch handlungsfähig werden müsse. Gedacht wird dabei natür-

lich in erster Linie an militärische Handlungsfähigkeit. Der Beweis heißt PESCO, die ständige strukturierte Zusammen-

arbeit im Rahmen der EU. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen spricht von gewachsener Verantwortung und denkt dabei an Auslandseinsätze der Bundeswehr u.a. in Mali, als gäbe es nicht friedlicher Möglichkeiten Verantwortung zu üben.

Wer der wachsenden Kriegsgefahr begegnen und Sicherheit für uns alle erreichen will, muss eine andere Politik durchsetzen:



- **Abrüsten - statt Rüstungsausgaben verdoppeln**
- **NATO ersetzen durch ein System kollektiver Sicherheit - statt neues NATO-Hauptquartier in Deutschland.**
- **Waffenexporte vollständig verbieten - statt weiter Exporte selbst in das Pulverfass Naher Osten.**

www.team-sahra.de

„Als einziger Vegetarier werden wir es in der Welt der Fleischfresser verdammt schwer haben.“

Außenminister S. Gabriel auf der MSC 2017

westlichen Wertesystem und fragen uns wie diese Werte definiert sind und vor allem wie sie praktiziert werden. Auf allen Seiten wurde mit moralischer Überlegenheit geprahlt und damit der Anspruch auf militärische Überlegenheit gerechtfertigt.

Mobilisierungsanstrengungen gen Osten sind deutlich zu sehen. Verfochten werden sie mit der Begründung, die osteuropäischen Staaten würden durch Russland bedroht.

Was vor nicht zu langer Zeit zurückhaltend als Stellvertreterkriege bezeichnet wurde, ist inzwischen offenen militärischen Auseinandersetzungen gewichen. Die Türkei marschiert in Syrien ein, Russland unterstützt Syrien und die USA halfen zumindest bis vor nicht zu langer Zeit der Kurden im Kampf gegen den IS.

Die „neue Seidenstraße“ wäre zu anderen Zeiten ein hochgelobtes Projekt friedlichen Güteraustausches gewesen, grenzüberschreitend und Kontinente verbindend. Heu-

Welches Selbstverständnis prägt eine Konferenz wie die MSC, auf welcher das Atomabkommen mit dem Iran unverblümt mit dem Münchner Abkommen von 1938 verglichen wird? Warum wird nicht widersprochen? Weshalb kann eine Konferenz in München zur Plattform solch abstruser Argumente werden? Auch wenn solche Äußerungen vom israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu kommen, muss ihnen widersprochen werden. Versuche zur Verständigung, Bemühungen um Ausgleich, Formulierung versöhnlicher Töne, Finden von Lösungsansätzen schienen nicht auf der Tagesordnung dieser Konferenz gestanden zu haben. Sollte es anders gewesen sein, dann ist es ein eklatantes Versagen des deutschen Tagungsleiters Wolfgang Ischinger.

Wer achselzuckend von Chaoszeiten spricht, die halt so sind, wie sie sind, vergisst, dass gerade diejenigen, die sich in München getroffen haben, verantwortlich für diesen Zustand sind. Nicht nur Unversöhnlichkeit und Hass prägen einen Teil der „sozialen“ Medien, auch jene „Staatenlenker“ sind sehr empfänglich dafür. Was versprechen sie sich von ihrem Verhalten? Doch hoffentlich nicht Sicherheit und Wohlergehen für ihre Bürger! Es wäre ein fataler Selbstbetrug!

Nochmals zurück zum Motto dieser Veranstaltung: „Hin zum Abgrund - und zurück?“ Wer solch eine Frage stellt, dem ist alles zuzutrauen. Jenseits des Abgrunds gibt es kein Zurück!



Norbert Kern
Wendelsheim

Irak, Syrien und der IS

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger und die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, erklären:

Dieser neue Krieg des Erdoğan-Regimes gegen die Kurdinnen und Kurden in Syrien ist ein Verbrechen. Erheben wir unsere Stimme für die Menschen in Afrin in Nordsyrien!

Protestieren wir zusammen mit den Kurdinnen und Kurden und allen Demokratinnen und Demokraten gegen diesen Überfall der türkischen Armee!

Die Frauen und Männer der kurdische YPG sind ein Bollwerk gegen den IS. Sie haben den dschihadistischen Terror in Kobanê besiegt und sie haben die syrische Stadt Raqqa vom Terror-Kalifat befreit. Aber der islamistische Autokrat Erdoğan verzeiht den Kurdinnen und Kurden in Syrien weder ihr Experiment einer demokratischen Selbstverwaltung noch die garantierte Gleichberechtigung der Frau. Deshalb führt Erdoğan seinen Angriffskrieg gegen Afrin und deshalb kündigt Erdoğan in seinen Kriegsreden offen an, alle Kurdinnen und Kurden aus Afrin vertreiben zu wollen. In der Region Afrin leben etwa eine Million Menschen. Die kurdische Enklave Afrin wurde bislang noch nicht vom Krieg heimgesucht und beherbergt hunderttausende Flüchtlinge innerhalb Syriens. Bei der türkischen Invasion sind zahlreiche zivile Opfer zu befürchten.

Dieser völkerrechtswidrige Krieg des NATO-Verbündeten Türkei gemeinsam mit als islamistischen Terrormilizen unter der Fahne der FSA ist eine Schande. Es ist eine Schande,

dass die Großmächte und die regionalen Einflussstaaten die Menschen in Afrin fallengelassen haben und es ist eine Schande, dass die Bundesregierung weiter einen türkischen Gewaltherrscher hofiert, der in seiner Sprache und seinen Handlungen jedes Maß verloren hat. In Afrin kommen deutsche Leopard-2-Panzer zum Einsatz. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Sigmar Gabriel muss eines klar sein: Wenn Erdoğan die kurdische Enklave Afrin in Syrien zerstören sollte, dann droht ein weiterer Krieg in Syrien mit zahlreichen Menschenrechtsverbrechen.

Wir fordern den sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in die Türkei.

Wir fordern einen Stopp aller Pläne türkische Panzer mit Rheinmetall zu modernisieren.

Wir fordern, dass die Bundesregierung klar und unmissverständlich diesen Krieg verurteilt und jegliche Beihilfe auch über NATO-Strukturen einstellt.

Wir fordern den sofortigen Rückzug der türkischen Armee und aller ihrer islamistischen Söldnermilizen.

Syrien braucht Frieden und Demokratie. Die Kurdinnen und Kurden in Syrien brauchen heute unsere Anerkennung und Solidarität.

Wir rufen alle Mitglieder der LINKEN auf, sich an Frieden- und Gebungen für Afrin zu beteiligen oder ein eigenes Zeichen der Solidarität zu setzen. Jede Stimme zählt!

(23. Januar 2018)

„Sauber“ betrogen

Man muss die Tierschützer loben. Ihnen ist es gelungen, wegen der Versuche an Tieren den Großversuch der Autoindustrie am Menschen wieder ins Gespräch zu bringen und zumindest wegen der Versuche an Tieren Empörung hervorzurufen: Tierschutz vor Menschen-schutz.



Wie skrupellos die Autoindustrie vorgeht, wird deutlich, wenn man bedenkt, mit welchem Einsatz an der Vertuschung der überhöhten Abgaswerte gearbeitet wurde. Wie viele Autokäufer wurden belogen und betrogen. Achselzuckend wurde ihnen bescheinigt, dass das deutsche Recht den deutschen Kunden nicht den Schutz einräumt, den die amerikanischen Kunden der deutschen Firmen in den USA genießen.

Mit viel krimineller Energie wurde raffinierte Betrugsoftware entwickelt, um die Zulassung auf den jeweiligen Märkten zu erschleichen. Wie miese Kleinkriminelle gingen sie davon aus, dass man sie schon nicht ertappen würde. Sie wurden ertappt, aber es scheint, dass sie nicht bestraft werden. Warum?

Es muss Paten geben, die ihre Hände schützend über die Autoindustrie ausbreiten. Es muss Wisser, Mitwisser und Täter geben und Personen, die das Ganze veranlasst haben. Wo sind sie und wie werden sie bestraft? Oder haben sie sich in den zuständigen Ämter versteckt?

Wo ist die Moral der wissenschaftlichen Einrichtungen, die Handlangerdienste geleistet haben?

Es geht beim Abgasbetrug nicht nur um Profitinteressen der großen Investoren. Es geht auch um die Gier der Privatinvestoren und es geht darum, dass diese Profite auf Kosten der Gesundheit der Bürger zustande kamen..

Haben die Autoproduzenten nicht genug durch Betrug erwirtschaftet, um den Schaden am Kunden nur in etwa auszugleichen? Lapidar lautet die Antwort: zu teuer! Dafür kommt die Idee auf, den Steuerzahler zu Kasse zu bitten. Der steuerzahlende Kunde darf zweimal zahlen - mit Subventionen und mit Wertverlust des Fahrzeugs. Der Verkehrsclub Deutschland spricht von

„Kapitulation vor der Autoindustrie“.

Karin Kern, Wendelsheim

Obszöner Reichtum – Lohnquote im Sinken

Gefährliche Folgen für unsere Demokratie

Können Sie sich vorstellen, dass 45 Menschen so viel arbeiten wie 41 Millionen? Ich auch nicht! Aber seit Jahren wird uns eingeredet, dass unser Vermögen etwas mit unserer Arbeitsleistung zu tun habe. Wer viel arbeite, bringe es zu etwas - „Wohlstand für alle“ (Merkel). Wirklich?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat aufgrund umfangreicher Untersuchungen errechnet, dass 45 Deutsche so viel Vermögen besitzen wie die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 241 Milliarden Euro. **Die reichsten fünf Prozent der Deutschen besaßen 2014 immerhin über 51 Prozent des gesamten Privatvermögens.**

Allein das Geldvermögen ohne Immobilienbesitz liegt bei 5.600 Milliarden Euro. Dabei ist die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich in Deutschland extremer als in anderen europäischen Ländern: In Spanien besitzt die ärmere Hälfte der Bevölkerung knapp zwölf Prozent des gesamten Vermögens, in Frankreich sind es mehr als sechs Prozent, in Deutschland ganze 2,3 Prozent. Gleichzeitig steigt die Armut in unserem Land, besonders bei Niedrigeinkommen, Alleinerziehenden, Rentnern und Kindern. Der Anteil der Armen ist von 11 Prozent (1993) auf 15,3 Prozent (2013) gestiegen.

Lohnquote sinkt

Eine entscheidende Grundlage für diese Entwicklung ist die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der jedes Jahr erwirtschaftet wird (BIP). Die Besitzer an den Produktionsmitteln (Kapitaleigner) eignen sich davon immer mehr an, während

die Beschäftigten immer weniger erhalten (Lohnquote). Laut Statistischem Bundesamt (November 2017) lag die Lohnquote der Beschäftigten im Jahr 2000 noch bei etwa 72 Prozent des Erarbeiteten, 2016 nur noch bei 68 Prozent.

Vier Prozent weniger am gesamten Volkseinkommen hören sich wenig an, aber auf der Seite der Reichen sind das Milliardenbeträge, z.B. bei den Aktiengewinnen der letzten Jahre. Dabei ist von Steuerhinterziehung in so genannte Steueroasen noch gar nicht

die Rede. Oder von den absurden Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäften, die den Staat mit Hilfe von Schäubles Un-

tuellen Subventionsbericht des Bundeskabinetts jährlich 5,7 Milliarden Euro. Es ist eine Schande, dass die Notgemeinschaftskoalition aus den drei Verliererparteien sich nicht einen Millimeter in diese Richtung bewegt hat und die SPD zu feige ist, wenigstens den Höchststeuersatz unter Bundeskanzler Kohl zu fordern. Denn in den öffentlichen Kassen fehlen Milliarden für Investitionen.

Politische Folgen

Die wachsende soziale Spaltung hat politische Folgen: Nicht nur, dass Rechtsextreme versuchen, Arme gegen Flüchtlinge aufzuhetzen und ihnen die Schuld an den fehlenden Milliarden in den öffentlichen Haushalten bei Kitas, Krankenhäusern und Schulen anzudichten. Nein, Reiche können Wissenschaftler, Politiker, Parteien direkt finanzieren, das Personalkarussell zwischen Wirtschaft und Politik befeuern und die öffentliche Meinung massiv zu ihren Gunsten beeinflussen.

Berüchtigt sind nicht nur die Hartz-Gesetze der SPD. Die AfD fordert die völlige Abschaffung der Erbschaftssteuer. Autokonzerne verhindern, dass sie einen effektiven Hardware-Filter in ihre Schummel-Diesel einbauen müssen. Banker bringen Politiker nach der Finanzkrise dazu, dass die Bevölkerung die faulen Bankkredite zahlen muss, weil die Banken angeblich „systemrelevant“ sind. **Offen kritisiert das DIW, dass gerade Unternehmerfamilien in Deutschland einen großen Einfluss auf die Politik haben, z.B. durch direkten Zugang zur Kanzlerin und den Ministerpräsidenten und durch teure Anzeigenkampagnen.**

Der obszöne Reichtum einer winzigen Minderheit gefährdet inzwischen direkt unsere Demokratie - Vermögenssteuer und eine Erbschaftssteuer müssen dem einen Riegel vorschieben!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



tätigkeit um mehr als 33 Milliarden Einnahmen gebracht haben. Oder von der Erbschaftssteuer: Auf Erbschaften von 300 Milliarden Euro werden jährlich in Deutschland maximal durchschnittlich drei Prozent Steuern gezahlt.

Allein die neuen Steuervergünstigungen für Firmenerben betragen laut ak-

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Kindergartenförderung des Landes gedeckelt

Die Linke lehnte Gebührenerhöhung ab

Sehr interessante Antworten erhielt Dr. Peter (*Die Linke*) auf seine Anfrage, welche Folgen es für Eltern und Stadt hat, wenn die Landesregierung die Zuschüsse für die Kindergartenförderung seit 2013 auf 529 Mio. Euro gedeckelt hat.

Dadurch ist der Landeszuschuss pro Platz für Überdreijährige im Jahr um 169 Euro gesunken. Das wirkt sich auf die Zuwendungen Rottenburgs und der anderen Kommunen aus dem Kommunalen Finanzausgleich (FAG) direkt aus. Denn die Kindergartenförderung des Landes wird aus der FAG-Summe vorweg abgezogen, so dass „die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich“ sinken!

Sinken die Zuweisungen des Landes, so erhöht sich der Elternanteil, der laut der „Empfehlung“ des Landesrichtsatzes 20 Prozent der Aufwendungen in

diesem Bereich abdecken soll. Lapidar heißt es dazu im Haushaltsplan Rottenburgs:

„Durch eine kontinuierliche Gebührenanpassung (!) und den Ausbau der Kinderbetreuung steigt insgesamt das jährliche Aufkommen an öffentlich-rechtlichen Entgelten auf 2,64 Mio. Euro (Vorjahr rd. 2,53 Mio. Euro). Die Elternbeiträge für Kinder über drei Jahre (Ü3) sind bei den Nutzungsgebühren mit rd. 394.000 EUR verplant (Vorjahr rd. 379.000 EUR). Die Elternbeiträge für Kinder unter drei Jahren (U3) belaufen sich auf rd. 183.000 EUR (Vorjahr rd. 171.000 EUR).“



DIE LINKE war die einzige Fraktion im Gemeinderat, die die Gebührenerhöhung von bis zu 16 Prozent für Kita-Beiträge abgelehnt hat. Jetzt sind Stadtspitze und die anderen Fraktionen offensichtlich zu feige, etwas gegen die willkürlichen Kürzungen der Landesregierung im Kommunalen Finanzausgleich von 2,4 Milliarden Euro (2017-2019) zu unternehmen. Denn damit wird der grün-schwarze Landeshaushalt auf dem Rücken von jungen Familien saniert.

Jörg Bischof (Grüne) macht eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen von mehr städtischem Gewerbe (und neuen Flächen!) abhängig.

Gegen die permanent steigenden Kita-Gebühren mit dem Feigenblatt „Landesrichtsatz“ hilft nur, prinzipiell die Gebührenfreiheit für Kitas (wie beim Schulgeld!) durchzusetzen.

Gewerbestrategie: Welche Entwicklung passt zu Rottenburg?

Bürgermeister geraten ins Straucheln

Mit mehr als 300 Teilnehmern war die Kiebinger Sülchgau-Halle bei der Ortschaftsratssitzung gut gefüllt. Fast zwei Stunden mussten die ZuhörerInnen allerdings warten, bis sie ihre Meinung äußern konnten. Denn zunächst redeten OB Neher, Dr. Bednarz, Mitglieder des Ortschaftsrats und Julia Bubbel von Imakomm zeitraubend.

Der Gemeinderat müsse am 27. März eine „politische Entscheidung“ fällen, um das „Leitbild“ für Rottenburg (Bednarz) festzulegen. Nur durch ein Gesamtkonzept für Flächen werde die Bevölkerung die Bebauung akzeptieren.

OR-Vorsitzender Thomas Stopper zitierte aus der ersten Standort-Untersuchung unter BM Keppel von 1996, das sich deutlich gegen das Galgenfeld aussprach, weil es von der Bevölkerung als 'heiliges Erholungsgebiet' angesehen werde. Das habe sich bis heute nicht verändert. Deshalb spreche sich der Ortschaftsrat einstimmig

gegen diesen Standort aus. Gemeinderat Volkmar Raidt kritisierte die Belastung durch mehr Abgase und Lärm wegen der Westwind-Lage des geplanten Gebiets.

Lisa Schröder-Kappus hinterfragte die Behauptung, neues Gewerbe verringere die Zahl an Pendlern. Dafür gebe es keinerlei Beweise.

Gegen die Behauptung der Stadt, es müsse einen schnellen Beschluss für eine schnelle Entwicklung geben, wurden die Eigentumsverhältnisse offengelegt: Im Galgenfeld gibt es 300 Grundstücke mit 250 Eigentümern, was etliche Prozesse nach sich ziehen würde.

Rechtsanwalt Felix Barth warf der Stadt vor, Rottenburg ein Gewerbekonzept von oben überzustülpen, ohne die Bedürfnisse der Bewohner nach Entspannung und naturnaher Erholung zu respektieren. Es sei falsch, sich an Industriestandorten wie Sindelfingen zu orientieren und diese nachzuahmen. Diese Gewerbestrategie passe nicht zur Stadt. Viele bezweifelten, ob dieses Gutachten überhaupt repräsentativ sei.

Die Bürgermeister gerieten ins Schwitzen. BM Bednarz konnte nicht zusichern, dass die Pendlerzahl abnimmt. Zwar müssten neue Betriebe 50 Arbeitsplätze pro Hektar garantieren. Aber welche Betriebe kämen, sei eine Einzelfallentscheidung. Die 30-35 Hektar bezögen sich nicht auf Kiebingen, sondern auf die Gesamtstadt, Ergenzingen und Baisingen inbegriffen. Mit dem Beschluss des Gemeinderats begänne erst der Prozess für die nächsten 15 Jahre, nichts sei endgültig festgeklopft.

OV Stopper forderte abschließend ein erneuertes Umweltgutachten für die untersuchten Gebiete. Das sei dem Gemeinderat bereits zugegangen, erwiderte OB Neher zur Überraschung aller Gemeinderäte. Im Imakomm-Gutachten konnte es noch nicht eingearbeitet sein.

Kein Kommentar!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Grün-Schwarze Klientelpolitik verschärft Bildungskrise

GEW fordert Nachtragshaushalt für Bildung

In zwei bundesweiten Studien (IQB) hat die Bildungspolitik des Vorzeigelandes - „Wir können alles außer Hochdeutsch“ - katastrophal abgeschnitten.

Neuntklässler wurden in Deutsch und Englisch getestet. Die Lernenden aus Baden-Württemberg waren bestenfalls Durchschnitt, im Hörverstehen sogar weit darunter. Noch schlimmer sieht es bei GrundschülerInnen aus. Hier wurden die Ergebnisse von 2011 mit denen von 2016 verglichen. In Deutsch sind die Lernenden von Platz 5 auf Platz 13 abgerutscht. Dabei nahmen Flüchtlingskinder von 2015/16 noch nicht an der Studie teil.

Voreilig machte Karl-Wilhelm Röhm (CDU, MdL) die grün-rote Vorgängerregierung dafür verantwortlich. Dabei waren alle Bundesergebnisse schlechter als in früheren Studien. Ursachen sind „Sparhaushalte“ mit mangelnden Investitionen in Lehrerfortbildung, zusammengelegte Klassen wegen fehlender Vertretungslehrer, fachfremder Unterricht und größere Unterschiede in der Schülerzusammensetzung (Heterogenität). So hat die grün-schwarze Landesregierung im letzten Jahr die Fortbildungsgelder massiv gekürzt. Neulich wurden bei der Grundschul-Fortbildung „Rechtsschreibstrategien“ nur 21 von 52 Bewerber/innen angenommen. Kostet zu viel!

Dauerzustand: Lehrermangel

In Baden-Württemberg hat dieses Schuljahr vielerorts bereits mit Unterrichtsausfall in Pflichtfächern begonnen, der Landeselternbeirat protestierte. Notorisch ist der Lehrermangel an Berufsschulen seit Jahren: „Stabile Säulen im Bildungssystem“ beschönigt Hermann Sambeth (CDU) die Situation – es gibt ja genügend Fachkräfte! Jetzt veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung ihre Prognose für die nächsten Jahre.

Bis 2025, d.h. in sieben Jahren, fehlen bundesweit allein an unseren Grundschulen 35.000 Lehrkräfte. Denn bis dahin werden eine Million zusätzlicher SchülerInnen erwartet, die zuerst die Grundschulen besuchen, bevor sie an die weiterführenden Schulen kommen.

Zusätzliche Lehrkräfte werden für den Ausbau der Ganztagschulen benötigt. Insgesamt müssten 105.000 neue Lehrkräfte ausgebildet und eingestellt werden – und neue Räume gebaut werden. Für Baden-Württemberg geht die Studie bis 2030 von etwa 45.000 zusätzlichen SchülerInnen aus. Für sie werden mindestens gut 6.000 Grundschul-Lehrkräfte gebraucht.

Hausgemachte Krise

Fast täglich werden höhere Steuereinnahmen gemeldet. Aber die fließen nicht in die vielen Bildungsbaustellen, sondern in Stuttgart 21, zusätzliche Militärausgaben, in Digitalisierung (Industrie 4.0) und Steuergeschenke für Unternehmen.

Dagegen fordert die GEW von Kultusministerin Eisenmann einen Nachtragshaushalt für Bildung. Denn der Lehrermangel ist hausgemacht: Statt der dringend notwendigen 500 neuen Studienplätzen für Grundschulen will Stuttgart nur 200 schaffen. Jährlich fallen 6.000 bis 7.000 Lehrkräfte wegen Mutterschutz und Elternzeit aus, aber Stuttgart schränkt die ständige Lehrerreserve auf 1.666 Stellen ein. Hinzu kommt, dass die Landesregierung jeden Sommer angestellte Lehrkräfte in den unbezahlten Urlaub (mit Hartz IV) schickt – um sie nach den Ferien wieder einzustellen. Dass einige von ihnen in andere Berufe oder Länder abwandern, ist verständlich.

Neoliberales Bildungsdesaster

Massiver Unterrichtsausfall und Lehrermangel in den öffentlichen Schulen bringen immer mehr Eltern dazu, ihre Kinder an Privatschulen anzumelden. In Stuttgart besucht inzwischen jeder fünfte Schüler eine Privatschule. Landesweit ist ihr Anteil an den Grundschulen von 7,1 Prozent (2005) auf 10,3 Prozent (2015) gestiegen, an den Realschulen von 11,1 auf 15,2 Prozent.

Aber anstatt die öffentlichen Schulen endlich angemessen zu finanzieren, hätscheln Grüne und CDU ihre Klientel aus Wirtschaft und Besserverdienenden. Mit 900 Mio. Euro jährlich fördert die Landesregierung die Privat-

schulen (Schulgeld zwischen 150 und 2.000 Euro monatlich) und Eisenmann hat ihnen jetzt eine Erhöhung um 65 Mio. Euro zugesagt.

Ein besonderer Erfolg für die Wirtschaft ist das neue „MINT-Exzellenzgymnasium in Landesträgerschäft“ in Bad Saulgau. Das vierzügige Elite-Internat für die Klassen 10-12 hat die Schwerpunkte Mathematik, Informatik und ein Praxis-Projekt Wirtschaft. Sein pädagogisches Konzept wurde direkt von den Metallarbeitgebern, den Firmen Mahle und Aesculap und den Unis Tübingen und Ulm verfasst, Grün-Schwarz spendiert einen zweistelligen Millionenbetrag. Davon können andere Schulen nur träumen. Selbst die Computer müssen die Kommunen selbst bezahlen. Die Elite-Begleitmusik steht in der „Schöntaler Erklärung“ der CDU mit der Kernbotschaft „Qualität und Leistung“. Von Lehrkräften wird Anwesenheitspflicht in den Schulen „unabhängig von den jeweiligen Deputatsverpflichtungen“, Frontalunterricht und eine „Stärkung erzieherischer und disziplinarischer Maßnahmen“ verlangt. Ist die CDU wirklich so naiv, dass sie glaubt, die von ihr verursachte der letzten Jahrzehnte mit einer Pädagogik des 19. Jahrhunderts in den Griff zu bekommen?

Neoliberale Bildungspolitik bedeutet wie in Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen zu wenig Personalstellen, zu wenig Ausbildung und Fortbildung.

Diese Politik des 'schlanken Staats' ist gescheitert, wie die öffentlichen Proteste gegen den Personalmangel in Kliniken und Kitas zeigen. **DIE LINKE** unterstützt die GEW-Forderung nach einem Nachtragshaushalt zugunsten des öffentlichen Schulwesens.

Bildet endlich genügend Lehrkräfte aus und stellt sie ein!



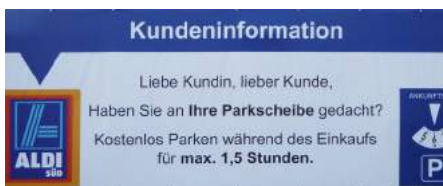
Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Trau, schau, wem - vor allem als ALDI-Kunde

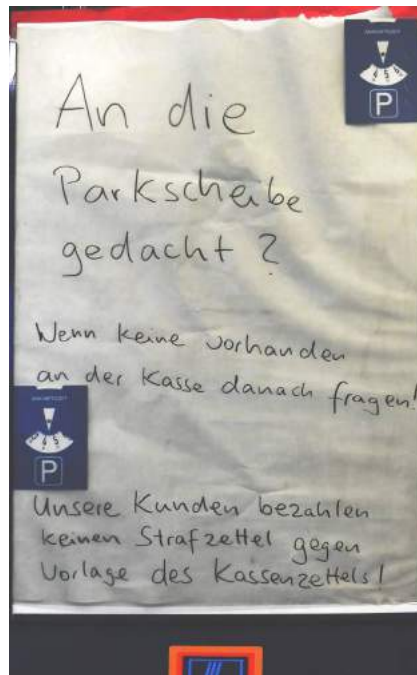
Abzocke auf Kundenparkplätzen

Auch Aldi in Rottenburgs Gartenstraße führt jetzt als neues Geschäftsmodell Parkplatzwächter mit Abzockementalität ein: Wer während des Einkaufs seine Parkscheibe nicht hinter die Windschutzscheibe klemmt oder sie nicht korrekt einstellt, erhält von einer privaten „Parkraumüberwachungsfirma“, die auf diese „Geschäfte“ spezialisiert ist, eine deftige Forderung von mindestens 20 Euro, verbunden mit der Drohung, diese Summe bei Nichtzahlung zu erhöhen.



Begründet wird das damit, dass angeblich Langzeitparker dort ihre Autos auch über Nacht abstellen, um sich ein paar Euros an die Stadt zu sparen. Dabei könnten diese Parker ohne Probleme identifiziert werden, denn Aldi hat ein Sperrgitter für die Nacht.

Aber ALDI ist nicht so herzlos wie es auf den ersten Blick aussieht. Mit einem großen Schild wird bereits bei den Einkaufswagen auf die Praxis hin-



gewiesen und nochmals beim Betreten mit einem Aufsteller auf die Parkscheibenpflicht. Aber vergessen Sie nicht Ihren Kassensbon aufzubewahren - und bummeln Sie nicht zu lange durch die Regalgassen.

Gerade hat der Gemeinderat gegen die Stimme der **LINKEN** einen neuen Bebauungsplan für die Lidl-Erweiterung

in der Sophien-/Graf-Wolfegg-Straße beschlossen: Die Verkaufsfläche soll ohne Erweiterung des Angebots fast



verdoppelt und die Zahl der Parkplätze auf über 150 erweitert werden.

Zuvor hatte der Gemeinderat eine neue „Parkraumbewirtschaftung“ für die Innenstadt beschlossen. Sie erhöht die Parkgebühren, besonders für Monatsparker, ohne einen Platz mehr zu schaffen.

Deshalb hat **DIE LINKE** dagegen gestimmt und in den Haushaltsberatungen durchgesetzt, dass die Stadt einen Gesamtplan für die Verkehrsströme und neue Parkplätze vorlegen muss.

EP, KE

Dienen womit?

Es fehlt an Zelten und an Winterbekleidung. Nicht, dass sie denken, diese fehlen in einem Flüchtlingslager. Die Dinge fehlen der Bundeswehr.

Es fehlen aber auch Panzer und Schutzwesten. Von den U-Booten ist derzeit keines einsatzfähig.

Offenbar wurden die Ausrüstungsmängel im Zusammenhang mit dem Aufbau der sogenannten schnellen NATO-Speerspitze, die die NATO-Ostflanke sichern soll und bei der die Bundeswehr eine führende Rolle einzunehmen hat.

Neu sind solche Mangelerscheinungen für die Bundeswehr nicht. Für eine Testphase vor drei Jahren, sollte ein Panzergrenadierbataillon den Kern des deutschen Gefechtsverbandes stellen. Es fehlten knapp 1500 Artikel, die man sich von anderen Truppenteilen beschaffen musste.

Interessant an dem ganzen Vorgang ist, wie darauf reagiert wird, wie der Wehrbeauftragte, der Bundeswehrverbandschef, der Sprecher des Verteidigungsministeriums



und der Generalsinspekteur aufwiegeln und abwiegeln, erklären und Schuld zuweisen. Wenn wir dem Wehrbeauftragen glauben dürfen, ist es um die Bundeswehr nicht gut bestellt.

Brisant ist die Situation für Ursula von der Leyen, weil sie derzeit nur geschäftsführende Ministerin ist. Sollte sie weiterhin Mi-

nister sein dürfen, dann stellt sich die Frage, wo denn ihre Qualifikation zu finden ist.

Den Pazifisten muss es nicht beunruhigen, wenn eine Armee nicht einsatzfähig ist. Beunruhigt müssten eher die Auftraggeber im Bundestag sein, die meinen diese - wohl wenig taugliche - Bundeswehr könne so einen Beitrag zum Weltfrieden leisten. Und beunruhigt müssten die Soldatinnen und Soldaten sein, die mit wenig tauglichem bzw. fehlendem Material in die Welt hinausgeschickt werden.

Zum Schluß noch eine erfreuliche Erkenntnis:

Was fehlt, muss nicht abgerüstet werden. Was fehlt, muss nicht weggeworfen werden. Was fehlt, kann nicht an rüstungslüsterne Militärs verscherbelt werden.

Norbert Kern, Wendelsheim

Vorwärts? Rückwärts? Wohin eigentlich?

Die Angst der SPD vor Verantwortung

Man muss kein Sympathisant der SPD sein und jegliche Häme verbietet sich, sollten aber die neuesten Zahlen stimmen, dass die AfD bei Umfragen vor der SPD liegt, dann müssen bei Bürgern mit demokratischer Gesinnung die Alarmglocken läuten.

Normalerweise legen Parteien Wert darauf, für die Wähler wählbar zu erscheinen. Dass dies bei der letzten Wahl zum Bundestag nicht der Fall war, ist offensichtlich und an den Prozentzahlen der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen abzulesen. Zumindest gilt dies für die sich Volksparteien nennenden Gruppierungen. Ausnahme ist die AfD.

Was die SPD ihren Wählern und ihren Mitgliedern zugemutet hat, ist auf großes Unverständnis gestoßen. Das forsche Nein zu einer Großen Koalition mit der CDU, noch am Wahlabend, mag aus Trotz und Enttäuschung formuliert worden sein. Für viele war es nachvollziehbar und war Ausdruck einer aufrechten Gesinnung, die sich dem Wählerwillen verpflichtet sah. 20,5 Prozent der Stimmen sind nicht Grundlage lautsprecherisch aufzutreten.

Selbstbesinnung und Rückbesinnung lagen nahe. Was aber dann geschah, ließ einem seinen eigenen Augen nicht trauen.

Das ergebnislose Intermezzo von Verhandlungen, die zu einer Koalition aus CDU/CSU/Grünen und FDP führen sollten, konnte nur mit Amüsement verfolgt werden. Der Ausstieg der FDP aus den Gesprächen fiel der Partei schwer auf die Füße. Dann trat das Staatstragende bei der

SPD in den Vordergrund. Willig folgte sie den Ermahnungen des Bundespräsidenten (ruhende SPD-Mitgliedschaft!), sich der Verantwortung nicht zu entziehen. Dröhnte da der SPD womöglich das Schimpfwort „vaterlandslose Gesellen“ jenes Wilhelm II. noch in den Ohren?

In Sondierungsgesprächen wurde ermittelt, ob eine gemeinsame Politik möglich sei. Und jetzt beginnt die Farce: Man tat so als ob man sich nicht kennen würde, nicht schon jahrelang mit einander Politik gemacht hätte. Es war ein lächerliches Schauspiel.

Nach den Sondierungsgesprächen machte ein Sonderparteitag den Weg zu Koalitionsverhandlungen frei. Nach den Koalitionsverhandlungen soll ein Mitgliedervotum entscheiden, ob die SPD in eine Koalition mit CDU/CSU geht.

Wozu hat die SPD eine Parteiführung

Der Koalitionsvertrag enttäuscht. Es gibt zwar einige Ausbesserungen des bisherigen Pfades, aber nichts, was dem gesellschaftlichen Bedarf angemessen wäre. Auf 177 Seiten finden sich 105 Prüfaufträge und 15 Kommissionen – rekordverdächtig im Hinblick auf das Vertagen von Entscheidungen. Was sich nicht findet: ein neues Konzept, Gestaltungsprojekte oder gar Visionen. Auch nicht: Eine Bürgerversicherung, Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen, eine armutsfeste Rente. Dafür viele kleine Einzelmaßnahmen, oft ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Der soziale Wohnungsbau wird fortgesetzt, aber nicht ausgebaut, gleichzeitig werden Anreize für mehr Eigentumswohnungen gesetzt. An anderer Stelle geht es mit Schwung in die falsche Richtung: Aufrüstung, mehr Midijobs, billigerer Luftverkehr. ...

Auszug: Analyse des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD durch den Bereich Strategie und Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE

und Führungsgremien? Wozu hat die SPD gewählte Abgeordnete im Bundestag? Fehlt es ihnen an Mut oder an Entscheidungsfähigkeit? Es fehlt ihnen an der Bereitschaft für die Partei Verantwortung zu übernehmen. Sie delegieren die Entscheidung an die Mitglieder, um nicht für die nächste Wahlschlappe einstehen zu müssen. Andererseits ist die Parteiführung in eigener Sache sehr wohl imstande, Entscheidungen zu treffen. Da legt der

Parteivorsitzende sein Amt nieder um Außenminister zu werden, obwohl er zuvor versichert hat, nie in eine Regierung Merkel einzutreten. Da wird eine neue Parteivorsitzende holterdipolter vorgeschlagen. Der nach dem Außenamt greifende Ex-Parteivorsitzende wirft hin. Geradlinigkeit sieht so nicht aus.

Sollte das Votum, egal wie knapp, akzeptiert werden, kann Ruhe in der Partei einkehren. Sicher ist aber auch, dass bei den geringsten Unstimmigkeiten in der Koalition der Streit über den richtigen Weg neu entbrennt.

Aber die Herausforderung für die SPD kommt erst noch. Die Mitgliederbefra-



gung wird knapp ausgehen. Die ersten Zweifel, ob diese Befragung fair ist, sind bereits angebracht. Den Abstimmungsunterlagen ist ein dreiseitiges Papier der Befürworter einer Großen Koalition beigelegt. Warum wird nicht auch die Gegenposition dargelegt? Die Spaltung der Partei wird schnell sichtbar werden. Mit großem Interesse wird man verfolgen können, wie sich eine zerrissene Partei erneuert - egal ob in der Regierung oder in der Opposition oder nach der nächsten Wahl außerhalb des Bundestags.

Eigentlich sind Parteien stolz und glücklich, wenn sie Mitglieder gewinnen. Bei der SPD aber auch wenn sie Vorbehalte haben, denn die Neuen könnten das NoGoKo-Lager verstärken. Man konnte förmlich den Aufschrei hören, der den Dampfer SPD vor dem Untergang retten sollte: „Das Boot ist voll.“



Norbert Kern, Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Nicht vermittelbar Ene mene muh und raus bist du

VORSICHT! SATIRE?

Wenn die Wähler wüssten, welche Ängste sie den Kandidaten und den etablierten Platzhaltern im Bundestag bereiten, würden sie vielleicht gar nicht zur Wahl gehen. Das Winken der Wähler mit ihren Wahlzetteln stellt eine Bedrohung dar.

Es soll Politiker geben, die Panikattacken bekommen, wenn sie an den Wahlabend denken und sollten sie gewählt worden sein, sofort Vorbereitungen treffen, um rechtzeitig den Absprung in die Wirtschaft zu finden. Wir erinnern uns noch an jenen Ronald Poffalla (CDU), der den Absprung zur Deutschen Bahn fand und bildlich gesprochen sein Lokomotivchen in den Schuppen brachte.

Dass wir nach Monaten noch keine Regierung haben, hat nichts mit Uneinigkeit über Sachfragen zu tun. So lange es keine neue Regierung gibt, bleibt die alte Regierung geschäftsführend im Amt und die Pöstchen bleiben bei den Inhabern.

Die alten Funktionsträger machen gar keine so unglücklichen Gesichter, denn ihnen bleiben noch die Jobcenter erspart und Sachverhalte wie prekäre Beschäftigung und Zeitverträge kennen

sie nur aus der Zeitung und sie mussten sie nie am eigenen Leib verspüren. Dass nur wenig Headhunter nach ihren Köpfen jagen, hat wahrscheinlich damit zu tun, dass ihre Köpfe höchstens für politische Aufgaben taugen.

Nicht auszuschließen ist, dass sie heimlich schon gleich nach ihrer Wahl den Stellenmarkt überregionaler Zeitungen studieren. Man kann ja nicht wissen, wann sich die politischen Winde drehen und gar eine Neuwahl oder ähnliche Unbill droht. Angebote für Erzieher/innen und Krankenpfleger/innen werden wohl weniger ihr Interesse finden und Pöstchen wie der des Daimler Vorsitzenden sind auch rar gesät. Aber wegen der gedeckelten Gehalthöhe von 10 Mio. Euro ist diese Stelle auch nicht mehr so interessant.

Vielen der Funktionsträger wird deutlich werden, dass sie wahrscheinlich nicht mehr zu vermitteln sein werden und wenn, dann nur noch als leicht angerostetes Aushängeschild drittklassiger Firmen oder als windige Politikberater.

Je länger sich die Regierungsbildung

hinzieht, desto länger werden sie sich in der wohligen Wärme wohltemperierter Amtsstuben tummeln können und die Augen vor ihrem künftigen Schicksal verschliessen.

jobcenter  Viele der Auszuscheidenden werden mit sich hadern.

„Oh, hätte ich doch nur etwas Ordentliches gelernt. Oh, warum nur habe ich mich nicht redlich bemüht etwas Vernünftiges zu arbeiten?“

Man kann sie trösten. Es gibt genügend nicht entlohnte Arbeit als ehrenamtliche Helfer z.B. bei der Integration von Flüchtlingen. Es werden ihnen zwar keine Mikrofone mehr vorgehalten, in die sie belanglose Statements plappern können, aber sie werden wieder mehr Boden unter ihren Füßen spüren. Sie werden merken, dass das Gerede vom Fachkräftemangel so nicht stimmt, denn niemand fragt nach ihnen. Oder sie erkennen, dass sie eben über keinerlei Kenntnisse verfügen, die sie begehrenswert machen.

Da lese ich gerade: „Suchen für unsere Spielhalle Servicekräfte in Vollzeit, Teilzeit und Minijob.“ Wär das was?

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad
Samstag, 24. Februar 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 28. Februar 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Zukunftswerkstatt, AWO-Heim
Samstag, 10. März 2018, 10.00 Uhr

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad
Samstag, 24. März 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe: **Freitag, 16. März 2018**

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49